



# Freibärger

## Freibergs alternative Zeitung

### Inhalt

Seite 1-3  
SWG

Streikbruch

Seite 4

Hartz IV-Jugend

Telefonterror bei Alg II

Seite 5

CDU-Geistesblitze

Antisemitismus

Nazirock

Seite 6-7

The Spirit of Dresden

Seite 8

Antifa-Ratschlag

Nazi-Bekenntnisse

Seite 9

Berufsschule

Toleranzwerkstatt

Seite 10

Gewalt gegen Frauen

Veranstaltungen

Seite 11-12

Lesung, Buchtip

Tootsies & Boggle

### Editorial

*Der ehemalige Oberbürgermeister der Stadt Freiberg hat gestanden, die Wohnungsgeschäfte mit der Partnerstadt Darmstadt nicht nur zum Wohle der eigenen Stadt betrieben zu haben und will der Stadt und ihren BürgerInnen den Schaden ersetzen und außerdem Mittel für drei selbstverwaltete Jugendzentren zur Verfügung stellen. April, April! Die CDU bleibt schuldlos. Ganz im Sinne ihrer christlichen Wurzel, versteht sich, ihr wurde auch von der PDS die Präventiv-Absolution erteilt, das heißt, die CDU kann machen, was sie will, sie ist immer ohne Schuld. Sie sind also nicht hereingefallen! Dafür hat der Schnee sich um so mehr auf die Schippe nehmen lassen. Aber niemand hat Schneeladungen aus Freiberg bei eBay angeboten. Noch eine verpasste Chance!*

Die Redaktion des FbÄ

Preis: 1/2 EURO

Nummer 49

April/Mai 2006

## Kapital - Verbrechen: SWG Subvention

[fbÄ, ray; walter kuhl] Vor 10 Jahren kaufte der Darmstädter Bauverein von der SWG in Freiberg 930 Plattenbauwohnungen im Freiburger Stadtteil Friedeburg für knapp 31 Millionen DM, um sie zu modernisieren und nach zehn Jahren der SWG für rund 60 Millionen Euro wieder anzudienen. Dieser Deal ist jedoch geplatzt, denn die Städtische Wohnungsgesellschaft hat nicht einmal ansatzweise das Geld, um die schick modernisierten Wohnungen wieder zurückzukaufen. Deshalb sieht ein noch nicht abgeschlossener Vergleich vor, dass der Bauverein 49% der Anteile der SWG übernimmt und für die kommenden Jahre alle möglichen Gewinne der SWG einstreicht, dafür aber auf seine 60 Millionen Euro verzichtet. Damit erwirbt der Bauverein durch die Notlage seines Geschäftspartners jede einzelne Wohnung zum Durchschnittswert von 3.600 Euro! Günstiger geht es kaum. Im Jahr 1992 beschloss der Freiburger Stadtrat die Gründung eines kommunalen Wohnungsunternehmens. Zu dessen Aufgaben gehörten die Bewirtschaftung und Verwaltung von kommunalen Wohnungen und Gewerbeobjekten, der Neubau von Wohnobjekten unterschiedlicher Eigentumsformen sowie die Verwaltung von Restitutionsobjekten. Die Stadt Freiberg als 100prozentige Gesellschafterin übertrug dazu die kommunalen Wohnungsbestände in das Eigentum ihres Tochterunternehmens. In der Umwandlungserklärung wurde der Unternehmenszweck mit der Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnungen und Gewerbeobjekten für breite Schichten der Bevölkerung definiert. Im Juni 1992 wurde die Städtische Wohnungsgesellschaft Freiberg/Sa. mbH mit einem Stammkapital von 125 Mio. DM gegründet. Am 26. August 1992 erfolgte die Eintragung in das Handelsregister Chemnitz unter HRB Nr. 6251. Erster Geschäftsführer war Siegfried Weiß. Als zweiter Geschäftsführer kam im Dezember 1992 Karl Karner hinzu. Im Gründungsjahr bewirtschafteten rund 300 Beschäftigte ca. 13.000 Wohnungen und 300 Gewerbeobjekte. Der Jubelbericht zur 10-jährigen Geschichte der SWG ist immer noch auf deren Internetpräsenz zu finden. Kein Wort über Verluste und dubiose Geschäfte. Der Abbau von Arbeitsplätzen findet dort genauso sein Lob wie

die Leistungen der beiden Geschäftsführer, gegen die seit dem 6. Februar wegen Subventionsbetrugs in Millionenhöhe vor dem Landgericht Chemnitz verhandelt wird. Dazu im weiteren leicht gekürzt und überarbeitet aus dem Beitrag von Walter Kuhl von „Radio Darmstadt“, der am 15. März unter dem Titel „Kapital - Verbrechen: Im Freiburger Subventionsdschungel“ ausgestrahlt wurde.

### Der Deal und seine möglichen Hintergründe

Damit der Plattenbaudeal sich so richtig rentieren würde, so dachte man sich 1996, schien es sinnvoll, ihn so abzuschließen, dass man noch zusätzlich rund 24,1 Millionen Euro Alt-schulden erlassen bekommen könnte. Bund und Länder hatten damals die Privatisierung in Ostdeutschland vorantreiben wollen und über die gemeinsam getragene Kreditanstalt für Wiederaufbau diese Privatisierung subventioniert. Mit dem Einigungsvertrag von 1990 wurden nicht nur Geldbeträge und Vermögen im Verhältnis 1:1 umgetauscht, sondern auch die vorhandenen Verbindlichkeiten. Hier-



bei wäre zu fragen, ob und in welcher Höhe die Städtische Wohnungsgesellschaft Freiberg vor 1990 durch Auflagen der DDR-Sozial- und Wohnungspolitik fiktive Schulden angehäuft hatte. Zu DDR-Zeiten war es üblich, dass Betriebe zur Finanzierung der sozialen Kosten herangezogen wurden. [...] Diese Schulden waren Teil der DDR-Gesamtbuchführung und spielten in der Praxis der betrieblichen Existenz keine Rolle. Dies änderte sich jedoch mit der Eingemeindung der DDR in den großen westdeutschen kapitalistischen Nachbarn. Auf einmal wurden aus fiktiven Schulden reale Schulden, die auch bedient werden mussten. Viele Betriebe waren nicht zuletzt hierdurch nicht mehr wettbewerbsfähig und wurden entweder spottbillig aufgekauft oder mussten ihre Tore schließen. Was ja auch Sinn der Währungsreform im Verhältnis 1:1 war. Die kommunalen Wohnungsgesellschaften hatten immerhin noch ein aktives Vermögen dagegen

stehen, doch auch hier machten sich die Folgen der Einigung bemerkbar. Erstens zog es die Menschen in den Westen und zweitens entstand eine - erst recht im Vergleich zu DDR-Zeiten - nicht gekannte Arbeitslosigkeit. Immer mehr Wohnungen standen leer, immer mehr Mieterinnen und Mieter hatten Probleme selbst mit der im Vergleich zum Westen relativ geringen Miete. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft war eines der wichtigsten Ziele der Kohl-Regierung und der hinter ihr stehenden westdeutschen Wirtschaft. Hierzu gehörte auch der Abbau des nicht verwertbaren Immobilien-Überhangs sowie die Schaffung lukrativer Bauherrenmodelle. Das 1990 aufgelegte Wohnraum-Modernisierungsprogramm, das über die Kreditanstalt für Wiederaufbau abgewickelt wurde, sollte diese Privatisierung fördern. Kommunalen Wohnungsunternehmen, die innerhalb einer bestimmten Zeit 15% ihres Wohnraums privatisieren konnten, wurden ein Teil ihrer Altschulden erlassen. Faktisch wurde eine fiktive Buchhaltung durch eine andere ersetzt, nur dass hierbei der Altschuldenerlass und damit die Privatisierung zugunsten Einzelner massiv aus Steuermitteln finanziert wurde. Das Wohnraum-Modernisierungsprogramm war zunächst auf ein Volumen von 10 Milliarden DM begrenzt, wurde jedoch mehrfach aufgestockt, bis Mitte 1999 auf 79 Milliarden DM. [...] Anfang 2000 wurde das Wohnraum-Modernisierungsprogramm mit einer zweiten Phase fortgeführt. Die Altschuldenhilfe im Rahmen des Privatisierungsprogramms hatte ein Volumen von 28 Milliarden DM, zusätzlich übernahmen Bund und Länder [...] weitere 5,1 Milliarden DM für aufgelaufene Zinsen der womöglich nur fiktiv entstandenen Altschulden. [...] Doch um die womöglich fiktive Herleitung der Schulden geht es bei diesem Prozess in Chemnitz nicht. Der Vorwurf des Subventionsbetrugs gründet sich auf ein Detail des damaligen Vertragsabschlusses, das aus gutem Grund jahrelang geheim gehalten wurde. Denn die Tilgung der Altlasten wurde nur für den Fall in Aussicht gestellt, wenn der Wohnungsbestand tatsächlich endgültig verkauft werden würde. Doch Bauverein und SWG hatten einen Nebenvertrag geschlossen, mit dem der Bauverein sich das Recht ausbedungen hatte, die Wohnungen an die Städtische Wohnungsgesellschaft mit einem saftigen Aufschlag zurück verkaufen zu dürfen. Dies, so die Staatsanwaltschaft, war nicht rechtens und führte jetzt zur Anklage. Damals hatten es die Freiburger zudem besonders eilig mit dem Vertragsabschluß. Denn ein Detail der Altschuldenhilfe besagt, dass die kommunalen Wohnungsunternehmen einen Teil des Privatisierungs-

gewinns an den Erblastentilgungsfonds abführen mussten. Je später die Veräußerung geschah, desto größer der Anteil, der vom Nettoerlös abzuführen war. Nun waren die Regelungen auch in diesem Fall durchaus großzügig. Zunächst einmal durften die kommunalen Wohnungsunternehmen 150 Euro pro verkauftem Quadratmeter vom Verkaufserlös abziehen, und auch der Sanierungsaufwand, der für die Privatisierung durchzuführen war, wurde komplett in Abzug gebracht. Die Freiburger wußten demnach, dass ein Verkauf im Jahre 1996 sie 40% des Nettoerlöses kosten würde, im Jahr darauf jedoch 60%. Dies erklärt die Eile und vielleicht manches nicht zu Ende gedachte Detail des Plattenbaudeals, das der Stadt Freiberg als Eigentümerin der Städtischen Wohnungsgesellschaft jetzt unangenehm auf die Füße fällt. Der damalige Oberbürgermeister Konrad Heinze von der CDU war, so einer der beiden Angeklagten, an der Entscheidung beteiligt und soll deshalb jetzt vor Gericht zitiert werden. Der Darmstädter Bauverein kaufte also 930 Plattenbauwohnungen von der Städtischen Wohnungsgesellschaft in Freiberg und verhalf dieser zu einer Tilgung von rund 24 Millionen Euro Altschulden. Nachdem der Darmstädter Bauverein nun die Wohnungen übernommen und mit der Sanierung begonnen hatte, dachte er sich ein Geschäftsmodell aus, dessen Sinn sich für Außenstehende bis heute nicht so recht erschließt. Der Bauverein hatte nämlich nur 378 der 930 Plattenbauwohnungen behalten und den Rest, also 552 Wohnungen, an die *BVD Immobilien GmbH & Co. Friedeburg KG* (kurz: BVD Immo) für einen unbekanntem Preis weiterverkauft. An dieser BVD Immo ist der Bauverein selbst zu etwas mehr als 77% beteiligt, die übrigen rund 23% - das sind rund 15 Millionen Euro - wurden durch stille Gesellschafter aufgebracht.

#### **Heimliche Absahner?**

Es handelt sich hierbei wahrscheinlich um eine Art geschlossenen Immobilienfonds. Auch hier gibt es übrigens eine Rückkaufverpflichtung: der Bauverein erhält die Wohnungen dieses Jahr wieder zurück. Ob an diese stillen Gesellschafter ein Teil des Verkaufserlöses abgeführt werden soll oder ob es sich um eine finanziell interessante Fassung eines steuerlich begünstigten Abschreibungsmodells handelt, ist eine durchaus naheliegende Vermutung. Es könnte jedoch bei näherer Betrachtung der Details der Altschuldenhilfe auch etwas anderes in Frage kommen. Der Sinn der Altschuldenhilfe war ja die Privatisierung von Wohnraum. Nun kann mir keine und niemand ernsthaft erzählen, dass das Übertragen von Immobili-



Ein Bild aus "besseren Zeiten": Karner, Hermann, Heinze, Sanftenberg (v.l.n.r.) auf der website der SWG

lien von der einen kommunalen Wohnungsgesellschaft zur anderen einen Akt der Privatisierung darstellt. So gesehen könnte die BVD Immo das Feigenblatt sein, das wesentliche Kriterien erfüllt, damit die Gelder der Kreditanstalt für Wiederaufbau in die richtigen Kanäle fließen. Zumal die angestrebte Privatisierung mittels des Verkaufs der sanierten Wohnungen in Friedeburg mangels kaufwilliger Mieterinnen und Mieter nicht zustande kam. Noch sind die Folgen des Plattenbaudeals nicht ausgestanden. Der Übernahmevertrag zugunsten des Bauvereins ist noch nicht in trockenen Tüchern, da wartet womöglich die nächste Forderung auf die Städtische Wohnungsgesellschaft und damit auf die Stadt Freiberg. Wenn es sich nämlich tatsächlich um einen Subventionsbetrug handeln sollte, dann könnte es durchaus sein, dass die Kreditanstalt für Wiederaufbau ihre rund 24 Millionen Euro wieder zurück haben möchte. In diesem Fall müsste womöglich Freiberg Insolvenz anmelden, mit unabsehbaren Folgen für den Wohnungsbestand und die kommunalen Finanzen. In dieser Frage treffen womöglich zwei Rechtsauffassungen aufeinander. Einerseits hat die SWG seit 1999 einen rechtsgültigen Bescheid, dass die Zahlung Bestandskraft hat, also die Altschuldenhilfe nicht mehr zurückgezahlt werden muss. 1999 wurde nämlich verfügt, dass Wohnungsgesellschaften auch dann in den Genuss der Altschuldenhilfe gelangen, wenn sie ihre Privatisierung nicht wie geplant durchgeführt haben. Als Gründe wurden eine Arbeitslosigkeit von 20% oder eine besonders hohe Abwanderung der Bevölkerung von mehr als 10% seit 1990 angeführt. Andererseits könnte sich die Kreditanstalt für Wiederaufbau daran stoßen, dass sie über die Vertragsdetails im Dunkeln gelassen wurde. Hier wird das Urteil des Landgerichts Chemnitz von besonderer Bedeutung sein. Stellt es nämlich Subventionsbetrug fest, könnte die Kreditanstalt Rückforderungen stellen. Ob sie das jedoch tut oder lieber drei Augen

zudrückt, muss sich erst zeigen. Allein - sie stehen noch unter einem anderen Zeitdruck. Denn der Bauverein kann jetzt jederzeit ganz offiziell die Einhaltung des Vertrags verlangen, d.h. die Zahlung der vereinbarten 60 Millionen. Die harte Tour würde bedeuten, dass am Ende die SWG in Konkurs gehen müsste und der Bauverein die ganze Sahne abschöpfen würde. Deshalb haben Freibergs Stadträte fast einhellig verkündet, lieber auf den Vergleich zu setzen. Ein Vergleich, dessen Vertragsbedingungen - nebenbei bemerkt



- auch noch nicht zu Ende gedacht sind. Es gäbe jedoch eine Alternative, auch wenn sie im Ergebnis sehr ungewiss ist: die rechtliche Prüfung des Vertrages von

1996. Sollte sich nämlich herausstellen, dass zumindest Teile des Vertrages ungültig sind, würden die Karten neu gemischt. Schon deshalb erfährt das gleichzeitig in Chemnitz laufende Verfahren eine ganz eigene Brisanz. Was mag noch alles aufgetischt werden? Und wer sind die stillen Gesellschafter?

#### Der Freiburger Stadtrat

Die Realitäten vor Augen bleibt den Freiburger Stadträtinnen und Stadträten wahrscheinlich keine andere Wahl, als dem Vergleich und dem Ausverkauf der eigenen Wohnungsgesellschaft zuzustimmen. Doch was ist das für eine Wahl? Wovon fürchten sich die Mitglieder des Freiburger Stadtparlaments? Doch wohl nicht vor der Offenlegung aller Geheimnisse eines Deals, der geplatzt ist, aber doch Einzelnen womöglich finanziell Vorteile bringt? Was hindert eigentlich die Stadtoberen in Freiberg daran, mit offenen Karten zu spielen und uns zu sagen, wer an dieser Misere als stiller Gesellschafter wie viel verdient? Oder war man und frau schon damals so "genial", die entschei-

denden Details dem Darmstädter Bauverein zu überlassen, in der Hoffnung, das Geschäft würde sich zur allseitigen Zufriedenheit abwickeln? Wenn nicht, wie immer, die Bürgerinnen und Bürger und damit verbunden der Sozial- und Kulturhaushalt dafür bluten müssten, dann könnte man sagen: das ist eine gerechte Strafe für Dummheit. [...] Die Alternative, mit offenen Karten gegen den Ausverkauf vorzugehen, erfordert wohl mehr Mut, als es in Freiberg möglich scheint. Dagegen ist der Kommentar von Uwe Kuhr in der *Freien Presse* doch recht albern. Er gibt den Freiburger Stadträtinnen und Stadträten tröstend die Worte Friedrich Schillers mit auf den Weg: "Sei furchtlos. Das Übel, das uns trifft, ist nie so schlimm als das, welches wir fürchten." Man füge besser hinzu: Und es kam schlimmer!

Der vollständige Beitrag unter:  
[http://waltpolitik.powerbone.de/kv/kv\\_subve.htm](http://waltpolitik.powerbone.de/kv/kv_subve.htm)

## Streikbruch: Ein-Euro-Jobber im Einsatz

**Über aktuelle Varianten von 'Maßnahmen zur aktiven Arbeitsförderung' des SGB II sowie Ansätze zur Gegenwehr.**

[Guido Grüner, quer] Ein-Euro-Jobber räumen den Dreck weg, der von streikenden ver.di-KollegInnen liegen gelassen wird. Mitte Februar gibt es diese Meldungen aus vielen Teilen der BRD. In Osnabrück zwang nach ver.di-Angaben die Polizei die Streikposten der Stadtreinigung dazu, Müllfahrzeuge passieren zu lassen, die von der Stadt zum Streikbruch genötigte 1-Euro-Jobber steuerten. Abends nehmen die Fahrer 'ihre' Müllfahrzeuge mit nach Haus, um Blockaden des Betriebshofes zu entgehen. Morgens werden Ein-Euro-Jobber als Packer auf die Müllwagen verteilt. In Hamburg setzt Beschäftigung & Bildung e.V. (B&B) 'Ein-Euro-JobberInnen' zur Müllbeseitigung ein. Aufgeschreckt durch derartige Meldungen besuchten am 21.02.06 AktivistInnen des Hamburger Bündnis gegen Ein-Euro-Jobs die Geschäftsstelle des City-Services von B&B und forderten den verantwortlichen Leiter Maik Schwartau und anwesende Ein-Euro-JobberInnen auf, ihre Streikbrechertätigkeit in der City sofort einzustellen. Ver.di macht darauf aufmerksam, dass sich niemand für Streikbrecherarbeit hergeben müsse [2]. Nicht LeiharbeiterInnen, da für diese das „Arbeitnehmerüberlassungsgesetz“ (AÜG) unmissverständlich in Paragraph 11 Absatz 5 bestimmt: „Der Leiharbeiter ist nicht verpflichtet, bei einem Entleiher tätig zu sein, soweit dieser durch einen Arbeitskampf unmittelbar betroffen ist. In den Fällen des

Arbeitskampfes nach Satz 1 hat der Verleiher den Leiharbeiter auf das Recht, die Arbeitsleistung zu verweigern, hinzuweisen.“ Ver.di weist auf das „gesetzlich verbrieft Leistungsverweigerungsrecht“ im bestreikten Betrieb hin. Aus der Leistungsverweigerung dürften ihnen keine Nachteile erwachsen. Nicht Beamte, die laut Artikel 9 Abs. 3 Grundgesetz und Paragraph 57 Beamtenrechtsrahmengesetz das Recht haben, sich in einer Gewerkschaft zu organisieren und für deren Ziele aktiv einzutreten. Ver.di führt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1993 an, wonach der Einsatz von Beamtinnen und Beamten auf bestreikten Arbeitsplätzen in einem von ArbeitnehmerInnen rechtmäßig geführten Arbeitskampf grundsätzlich nicht zulässig ist. Auch ABM-Kräfte und als Ein-Euro-Jobber Beschäftigte dürfen nicht zur Streikbrecherarbeit gezwungen werden. Nach einem Urteil vom 25. Juli 1957 hat das Bundesarbeitsgericht klargestellt, dass es einem „Arbeitnehmer nicht zuzumuten (ist), den Streikenden in den Rücken zu fallen. Es würde sich bei der direkten Streikarbeit um eine unmittelbare Beeinträchtigung der Aussichten des Streiks handeln, die der in den Kreisen der Arbeitnehmer mit Recht herrschenden Anschauung widerspricht.“ Dieses Recht muss laut ver.di auch für ABM-Kräfte und Ein-Euro-Jobber gelten, denn auch sie verbindet

das Band der Solidarität mit den streikenden Kolleginnen und Kollegen.

#### Ein-Euro-Jobber: wie gemacht zum Streikbruch? Bestimmtheit der Maßnahme

Nach landläufig durchgesetzter Alltagsmeinung müssen Erwerbslose tun, was ihnen gesagt wird. Das Amt kommandiert sie ab, die Einsatzstelle regelt das weitere und der Ein-Euro-Jobber müsse springen. So wird es von interessierten Kreisen gern verbreitet, von vielen zur Rechtfertigung ihres Mitmachens gern geglaubt. Doch das ist Blödsinn. Richtig ist vielmehr, dass jede Ein-Euro-Maßnahme „zusätzlich“ sein muss und bei der Festlegung des Einsatzbereiches dem sog. „Bestimmtheitsgebot“ unterliegt. Das heißt, Arbeitsort, -inhalt, -zeit, Vorgesetzter, Pausen, Urlaub etc. sind mit der Zuweisung auf die Tätigkeit genau festzulegen [3]. Der Einsatz auf dem Müllwagen wird in der Maßnahmebeschreibung keinesfalls zu finden sein. Und wenn doch oder wenn die Tätigkeit so allgemein beschrieben ist, dass auch der Müllwagen dazugehört, dürfte die ganze Maßnahme allein schon wegen Verstoß gegen das Bestimmtheitsgebot sowie das Gebot der Zusätzlichkeit rechtswidrig sein. Und zudem ist die Zuweisung auf den Ein-Euro-Job nur zulässig, wenn dieser „erforderlich“ für die Arbeitsaufnahme auf dem ersten Arbeitsmarkt ist [3].

### **Streikbruch als Schwarzarbeit**

Der maßnahmewidrige Einsatz von ein-Euro-Jobbern z.B. als Packer auf Müllwagen wird den Tatbestand der Schwarzarbeit erfüllen (auch wenn diese nicht entlohnt wird!), da diese übliche Arbeit leisten, für diese aber weder Steuern noch Sozialversicherungsbeiträge abgeführt noch ggf. vereinbarte Tarif- oder Mindestlöhne gezahlt werden. Strafbar macht sich besonders der Arbeitgeber, Beschäftigte zumindest, wenn sie es freiwillig machen.

### **Möglicher Verstoß gegen Arbeitnehmerüberlassungsgesetz**

Schickt ein Maßnahmeträger, z.B. oben genannter Verein B&B, ihm zugewiesene Ein-Euro-Jobber zum Klotzen zu den städtischen Müllwerken, liegt eine Arbeitnehmerüberlassung vor, für die zu prüfen wäre, ob der Verein über die erforderliche Verleih-, die Stadt über die entsprechende Entleiherlaubnis verfügt. Ist das nicht der Fall, liegt der nächste Rechtsverstoß vor. Zuständig für die Verfolgung von Schwarzarbeit sind die örtlichen Zollämter, die auch an anderer Stelle eng mit Arbeitsämtern oder der IGBAU (Bauen, Agrar, Umwelt) zusammenarbeiten, wenn es um Schwarzarbeit, Lohndumping etc. geht. Vielleicht kann auch die Selbstanzeige von zum Müllabtransport gezwungenen Ein-Euro-Jobbern (z.B. ich fahre morgen um X-Uhr an dem Y-Ort mit dem Müllwagen los oder werde zu einem solchen gebracht) den Zoll auf die Spur so mancher delinquenten Stadtverwaltung bringen.

### **Verstoß gegen Arbeitsschutzbestimmungen?**

Nicht erst die Meldung [4] über den jüngst nach Sturz in eine Müllpresse bei der Kölner Gewerbeabfallsortierung und -verwertungsgesellschaft (GVG) zu Tode gekommenen 21-jährigen Arbeiter sollte klar machen, dass bei Arbeiten in dieser Branche Kenntnis und Beachten von Sicherheits- und Arbeitsschutzbestimmungen überlebensnotwendig sind. Ich vermute, dass es hier bei vielen der kurzerhand auf dem Müllwagen eingesetzten Ein-Euro-Jobbern oft reine Unkenntnis gibt. Die Gewerbeaufsichtsämter sind für die hier einschlägigen Kontrollen zuständig.

### **Entgehenden Lohn einfordern**

Zuletzt der Hinweis, dass Ein-Euro-Jobber Anspruch auf Lohn haben, wenn sie zu Regelarbeiten eingesetzt werden [5]. Das entschuldigt den Streikbruch zwar nicht, verursacht dem kommunalen Arbeitgeber jedoch erhebliche Kosten, zumindest wenn sich viele Ein-Euro-Jobber den Lohn holen und die Kommune dann noch die bereits von der Alg II-

Behörde kassierte Prämie für die Ein-Euro-Jobber zurückzahlen muss. Es gibt viele Wege, den öffentlichen Arbeitgebern den Einsatz von Streikbrechern zu verleiden. Aber egal wie die Gegenwehr im einzelnen geführt wird. Alleingänge sind nicht das Mittel der Wahl. Sich mit Gleichgesinnten zusammenschließen, innerhalb oder außerhalb der Gewerkschaft, sollte immer am Anfang jeder Auseinandersetzung stehen. Absehbar ist: Allein machen sie dich ein.

Anmerkungen:

[1] entfällt; [2] Quelle: [http://www.verdi.de/tariffbewegung/kommunen\\_und\\_laender/streikbrecher/](http://www.verdi.de/tariffbewegung/kommunen_und_laender/streikbrecher/); [3] Ausführlich u.a. im Lehr- und Praxiskommentar zum SGB II, Nomos-Verlag, zu § 16 SGB II; auch bei Utz Krahrmer und Helga Spindler, Rechtliche Maßstäbe für die Erbringung von Arbeitsgelegenheiten für Arbeitssuchende nach § 16 Abs. 3 SGB II, Aufsatz, veröffentlicht im Nachrichtendienst des Deutschen Verein für Öffentliche und Private Fürsorge (NDV 1/2005) und zu finden unter [www.tacheles-sozialhilfe.de](http://www.tacheles-sozialhilfe.de). Kurz dazu auch in quer, Heft 5/6 2004, S. 11.; [4] ver.di publik vom 23. Feb. 06.; [5] Näheres auf [www.alg-2.info](http://www.alg-2.info), der Vorsicht-Alg II-Kampagnen-site.

## **Hartz IV-Jugend**

„Arbeitslose Jugendliche werden zu Erwachsenen zweiter Klasse gemacht. Es gibt keine Begründung dafür, dass Volljährige, die bei ihren Eltern wohnen, zur Bedarfsgemeinschaft der Eltern gezählt werden. Wer 18 Jahre alt ist, hat alle bürgerlichen Rechte – außer er ist arbeitslos. Diese Jugendlichen werden entmündigt. Die Abschaffung des eigenständigen Regelsatzes von ALG II und die Kürzung der Leistungen für junge Erwachsene, die im Haushalt ihrer Eltern leben, ist ein Eingriff in die Selbstständigkeit der Jugendlichen. Es ist deshalb notwendig Menschen jeden Alters in diesen Lebensphasen ohne Bedarfsermittlung oberhalb der Armutsgrenze abzusichern, statt mit Repressionen wie Ein-Euro-Jobs und den beschlossenen Kürzungen gegen die Menschen zu regieren. Leben ist mehr als Arbeitszwang!“

*Aus der gemeinsamen Erklärung von sächsischen Jugendverbänden zu den Einschränkungen beim Arbeitslosengeld II am 17. Februar. 2006*

## **Alg II: Keine Telefonauskunft!**

Die Rhein-Main-Jobcenter GmbH beauftragt seit dem 1.2.2006 ein Service-Center damit, Erwerbslose zwischen 8h und 20h zu Hause anzurufen, um Änderungen der persönlichen Verhältnisse zu erfragen. Mit einem kurzen Serienbrief werden die Betroffenen über dieses Vorhaben nur unzureichend aufgeklärt. Das Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne hält diese Ermittlungstätigkeit für überflüssig. Jeder Erwerbslose ist verpflichtet, Änderungen in den Verhältnissen, die für die Leistung erheblich sind, unverzüglich mitzuteilen. Diese Verpflichtung wird mit der Antragstellung unterschrieben. Statt der Eigenverantwortung der Erwerbslosen zu vertrauen, setzt das Jobcenter auf allgemeines Misstrauen. Es gibt weder eine Pflicht von Arbeitslosen, sich zwischen 8 und 20 Uhr in ihrer Wohnung aufzuhalten, noch Sanktionen, wenn Ermittler vergeblich anrufen. Es gibt auch keine Mitwirkungspflicht, Ermittlern telefonisch zu antworten, insbesondere dann nicht, wenn es keine Änderungen der persönlichen Verhältnisse gibt bzw. Änderungen schon angegeben wurden. Darüber werden Erwerbslose durch den Serienbrief vom Jobcenter jedoch nicht informiert. So wird unter dem Vorwand, die Eingliederung in Arbeit zu fördern, Angst und Unsicherheit gefördert. Der ehemalige Minister Clementschloss aus der Nicht-Anwesenheit von Erwerbslosen bei Ermittlungsanfragen bzw. aus Weigerungen, Fragen zu beantworten, dass weit über eine Million Arbeitslose sich Leistungen missbräuchlich erschlichen hätten. Die telefonischen Ermittlungen sind nicht nur überflüssig, sie sollen auch Arbeitslosen den Bezug von Alg II möglichst verleiden und den Boden für zukünftige Kürzungen vorbereiten. Aus diesen Gründen fordert das Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne das Rhein-Main-Jobcenter auf, keine Aufträge für telefonische Abfragen zu erteilen. Betroffene die ihr Recht auf Datenschutz bewahren wollen, können am Telefon angeben, dass das Jobcenter bereits über alle erforderlichen Daten verfügt. Zudem muss die Telefonnummer im Alg II-Antragsformular nicht angegeben oder es kann bei der Behörde die Löschung der Nummer beantragt werden.

P.S.: Einen Musterantrag auf Löschung bereits erhobener, aber nicht erforderlicher Daten finden Sie unter: [http://www.alg-2.info/info\\_argumente/antrag-loeschung](http://www.alg-2.info/info_argumente/antrag-loeschung)



**"Im Vergleich zu Stalin  
war Hitler nahezu  
liberal!"**

## Geistesblitze vom CDU-Patriotismus



### Dokumentation

Kaum jemand schert sich darum, wenn gestandene sächsische CDU-Politiker wie Henry Nitzsche (47) in Zeitschriften wie der "Deutschen Militärzeitschrift" Artikel veröffentlichen, gleich neben Beiträgen wie „Adolf Hitler als Feldherr und Stratege“, „Die Eichenlaubträger“ oder „Die Abwehrschlacht. Die Kämpfe im Süden der Ostfront 1943 – 45“. Die CDU beansprucht für sich, jeder Zeit auf dem Boden einer freiheitlich demokratischen Verfassung zu stehen und meint deshalb auch den einzig wahren "Patriotismus" verkünden zu dürfen. Unterstützung findet sie dabei in den erlauchten akademischen Hallen der TU Chemnitz, wo der sich immer sehr weit rechts aus dem Fenster lehrende Professor Arnulf Baring (Bild re.) am 31. Januar den letzten Vortrag im Rahmen der von Jesse, Kroll (Bild li.) u.a. organisierten Ringvorlesung „Deutscher Patriotismus im vereinten Europa“ halten konnte. Es gab auch einen kleinen Protest von studentischer Seite. FreibÄrger dokumentiert den Protesthandzettel. Obiges Zitat von Baring zeugt von der Qualität seiner geisteswissenschaftlichen Darbietungskunst unter dem Titel „Es lebe die Republik, es lebe Deutschland“.

Eine neue Bewegung stellt sich vor (und wir stellen ihr nach)  
Sie sind Besucher einer Veranstaltung, bei der Arnulf Baring spricht. Insofern müssen wir Sie sensibilisieren. Achten Sie bitte auf etwaige Formulierungen, die den Sprecher in die rhetorische Nähe einer gewissen Epoche rücken (Sie wissen schon, welche): 1990 schrieb Baring in der Welt über deutsche Gebiete im heutigen Polen: „Es wird selbstverständlich werden, nicht mehr die polnischen Namen zu benutzen, was eine Form von Sklavensprache ist, eine gehemmte, unfreie Untertanen-Mentalität zeigt. „, oder: „ Vielleicht brauchen wir einen stärkeren Bundespräsidenten, der überfällige Reformen per Notverordnung in Kraft setzen kann. „, bis zu: „Hitler hat den Leuten einen Elan vermittelt, der vollkommen von uns gewichen ist. „ Stichwort „Neue Rechte“: Wir haben es hierbei mit einer Gruppe von Politikern bzw. Wissenschaftlern zu tun, denen es möglich ist, Diskurse zu inszenieren, allein durch die Auswahl der Themen und Redner und so ihren Ausgang zu beeinflussen. Insofern das Publikum darauf ein geht! Erst einmal ist zu bemerken, dass dies keine Veranstaltung mit wissenschaftlichem Anspruch ist, denn sie wird maßgeblich von einem rechts-konservativen Konsens getragen. Wie sollte es auch anders sein, wenn größtenteils Fürsprecher des Patriotismus eingeladen wurden? Prinzipiell betrachten wir die gesamte Patriotismusdebatte als einen Ausgangspunkt für Nationalismus, kulturellen Dünkel und Ignoranz gegenüber dem Anderen. Die Patriotismusdebatte wurde nach dem Wahlerfolg der NPD von einschlägigen Kreisen in der CDU angeschoben. Und heute sind Sie Zeuge der Instrumentalisierung einer eigentlich unabhängigen Institution. Die TU Chemnitz und Teile ihres politischen Lehrstuhls geben dieser parteipolitisch motivierten Patriotismusoffensive ein öffentliches Podium. Mal abgesehen von eindeutig verortbaren Persönlichkeiten wie Baring, Rößler und Kronenberg, tragen auch die Professoren Jesse, Neuss und Kroll, ob gewollt oder nicht, zu einer tendenziell unausgewogenen Debatte im Sinne einer deutschtümelnden Revisionskultur bei.

der antisemitischen Straftaten im vergangenen Jahr war den Angaben zufolge Dresden, wo die Ermittler 17 Fälle ermittelten. In Leipzig waren es neun Delikte. Der Rest der Straftaten verteilte sich über den gesamten Freistaat. Insgesamt wurden 2005 zehn Personen verurteilt, in einem Fall gab es eine Strafe von zwei Jahren Gefängnis.

erfolgte eine bundesweite Razzia, bei der Wohnungen und Geschäftsräume von 120 Beschuldigten und Kontaktpersonen durchsucht wurden. In Sachsen durchsuchten 180 LKA-Beamte um 34 Wohnungen. Fünf Männer und eine Frau im Alter zwischen 23 und 31 Jahren werden verdächtigt, durch den Verkauf von CDs und die Veranstaltung einschlägiger Konzerte nationalsozialistisches und rassistisches Gedankengut verbreitet zu haben. In Sachsen wurden vor allem im Raum Bautzen und Chemnitz Durchsuchungen durchgeführt. Durchsucht wurde aber auch in Leipzig, Riesa, Coswig und Borna. Dabei wurden PC-Technik, CDs, DVDs, T-Shirts, Bilder, Videos und Bargeld beschlagnahmt. Gegen einen 26-Jährigen aus dem Raum Bautzen wurde Haftbefehl erlassen.

## Antisemitismus

In Sachsen ist die Zahl antisemitischer Straftaten weiter gestiegen. Wurden 2004 sachsenweit 54 Delikte vom LKA registriert, so waren es 2005 bereits 65. Das ergab die Antwort von Innenminister Albrecht Buttolo (CDU) auf eine Kleine Anfrage von Kerstin Köditz (Linksfraktion.PDS). Die Delikte reichen von Bedrohung und Sachbeschädigung bis hin zu Volksverhetzung. Eindeutiger Schwerpunkt

## Nazi-Rock

Offiziell ist die Organisation „Blood & Honour“ in der Bundesrepublik seit September 2000 verboten und der Verfassungsschutz Sachsens erwähnt diese Nazi-Struktur nicht mehr, obwohl die NazRockveranstaltungen im letzten Jahr in Sachsen sprunghaft anstiegen. Am 7. März

# The Spirit of Dresden...



...keine Trauer, sondern Rache für die Niederlage!



[FbÄ,pr] In der sächsischen Landeshauptstadt hat zum wiederholten Male einer der größten Naziaufmärsche der Bundesrepublik stattgefunden. Anmelder war erneut die revanchistische „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO). Die Restfraktion der NPD-Landtagsabgeordneten bildete mit ihrem Mitarbeiterstab und dem Parteivorsitzenden Udo Voigt samt seinem Assistenten Thomas Wulff die logistische Unterstützung. Als Anmelder durfte der Neonazi Alexander Kleber, im Privatleben Angestellter beim Telekommunikationsanbieter Arcor, eine Rede vor beinahe 5000 "Kameraden" zum Auftakt halten, ebenso der Spitzenkandidat der DVU in Sachsen-Anhalt, Rechtsanwalt Ingmar Knop aus Dessau. Nach Voigt verlasen Nazis aus Portugal, Österreich, Schweden und der Schweiz Grußbotschaften. Im Anschluss daran formierte sich der Aufmarschzug hinter dem Transparent „Dresden – Hiroshima – Bagdad. US-Kriegsverbrecher stoppen“. Die Aufstellung kontrollierte der vorbestrafte Leiter des NPD-Ordnerdienstes, Manfred Börm. Am Anfang liefen die NPD-Abgeordneten – meist in feinem Dress. Ihnen folgten überwiegend jugendliche Teilnehmer, einige davon verumumt und mit den sonst verbotenen Springerstiefeln. Irgendwo am Rand marschierte auch Christian Worch, der sich im weiteren Verlauf beinahe eine körperliche Auseinandersetzung mit einem Ordner lieferte. Gegenüber Pressevertretern verhielten sich die Nazis unfreundlich, manche bedrohten auch am Rande stehende PassantInnen und fotografierende Journalisten. Einige hielten sich wie auf einem Jahrmarkt an blauen Luftballons fest mit der Aufschrift „13.02.“

1945 Dresden. Alliiertes Bombenterror – damals wie heute. Kein Vergeben, kein Vergessen. Hiroshima, Nagasaki, Dresden. Heute Bagdad...“ und der Internetadresse der JLO-Sachsen. Kaum eine Nazi-Kohorte, die ihre Website der Öffentlichkeit vorenthalten wollte. Die aber ließ die Nazis Die aber ließ die Nazis alleine über die Marienbrücke, am Goldenen Reiter vorbei bis zur Carola-Brücke in endlos erscheinenden Viererketten marschieren. Am Kultusministerium war der vorläufige Schlusspunkt erreicht. Ein wohl nicht so ganz ernstgemeinter Sturm- lauf auf die Carola-Brücke wurde von der Polizei gestoppt. Vom Kräfteverhältnis her, hätten die recht mackerhaft auftretenden Neonazis die Brücke locker schaffen können; denn die Polizei begleitete den Nazi-Zug mit nur wenigen Hundertschaften. Das polizeiliche Hauptaugenmerk war auf die GegnerInnen der Nazis gerichtet, die auf der Augustusbrücke eine Blockade durchführten. Unter den BlockiererInnen waren autonome Antifas, der stv. CSU-Bürgermeister Matthias Popp aus Wunsiedel und Abgeordnete des sächsischen Landtags von der SPD, PDS und Bündnis'90/Die Grünen. Dass die Nazis alles andere im Kopf hatten als um Tote von Bombenangriffen zu trauern, zeigten sie auch auf denen von ihnen mitgeführten Transparenten. Da war



## Es könnten noch viel mehr sein...

von „Rache“, Dank an irgendwelche Großväter und viel von Antiamerikanismus zu lesen. Eine „Freie Kameradschaft Wunsiedel“ und „Kameradschaft Hof“ trugen auf ihrem aufwändig gestalteten Transparent die I. Weltkrieg Losung des Arbeiterdichters Heinrich Lersch „Deutschland muss leben, auch wenn wir sterben müssen.“ aus dem am ersten Mobilmachungstag 1914 verfassten Gedicht

„Soldatenabschied“. Am Montag, den 13. Februar, folgte auf dem Heidefriedhof die eigentliche Gedenkzeremonie, bei der die politische Führung des Landes, Vertreter der Alliierten und der Dresdner Oberbürgermeister Kränze ablegten. Die NPD war wieder übergebührend vertreten. Dieses Jahr protestierten zum ersten Mal etwa 100 AntifaschistInnen am Heidefriedhof (Bild oben)..

## Trauerköpfe auf dem Heidefriedhof



Oben: Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU), rechts oben: Die NPD-Landtagsmitglieder: Holger Apfel, Johannes Müller und Uwe Leichsenring (v.l.n.r.), rechts: Jugendliche

## Antifaschistischer Ratschlag 2006

[mad] Etwa 100 TeilnehmerInnen zählte der diesjährige antifaschistische Ratschlag am 28. Januar in Sörnwitz. Neben der Vernetzung unterschiedlicher antifaschistischer und antirassistischer Initiativen ist die Schaffung eines Forums für Erfahrungsaustausch und thematische Debatten Ziel des seit 2005 stattfindenden Treffens. Im Eröffnungsvortrag erläuterte Ralf Ptak „...die wirtschafts- und sozialpolitische(n) Konzepte der extremen Rechten“. Anknüpfend an die Grundelemente des Neoliberalismus: Konkurrenz, Leistungswahn und Nutzenzentriertheit bauen die extremen Rechten ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik auf. Deren Eckpfeiler sind, so Ptak, Sozialdemagogie, Ideologie der Betriebsgemeinschaft, Autarkie- und Raumwirtschaft, sowie die Trennung in raffendes und schaffendes Kapital. Zusätzliche Berührungspunkte zu neoliberalen Parteien schaffe die Gewaltverherrlichung als Kernelement des Faschismus. Nach der Eröffnung des Ratschlages fanden insgesamt sieben verschiedene Workshops statt. Themen waren der Umgang mit Nazis bei öffentlichen Veranstaltungen, die antifaschistische Klausel in der sächsischen Landesverfassung, Nazis und Schule, Totalitarismuskonzepte sowie Mythos Kameradschaft. Andreas Speit, Mitautor von „Der rechte Rand“, zeigte, dass brutale Gewalt in Form von Vergewaltigungen, Folterungen und Schlägereien bis hin zu Mord in Kameradschaften allgegenwärtig ist. Wichtige Regeln bei der Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen sowie den rechtlichen Hintergrund erläuterte ein Referent im Workshop „Umgang mit Nazis bei öffentlichen Veranstaltungen“. Notwendig sei neben der inhaltlichen Vorbereitung eben auch eine Organisation des äußeren Umfeldes um unangenehme Überraschungen erst gar nicht zuzulassen, bzw. beim Versuch der Störung durch Nazis vorbereitet zu sein. Widerspruch erntete hingegen sein Vorschlag Naziaufmärsche durch Antifaschisten zu

unterwandern. Eine intensive Debatte gab es zum Thema des Umgangs mit Nazis, die bei öffentlichen Veranstaltungen das Wort ergreifen. Einige schlossen nicht aus, mit Nazis bei solchen Anlässen zu reden. Andere TeilnehmerInnen forderten dagegen vehement Nazis kein Forum zu bieten und deren Präsenz auf jeden Fall zu verhindern bzw. zu unterbinden. Ungeklärt blieb, welchen Nutzen sich die Befürworter des Nazidialogs versprechen, nachdem ein Teilnehmer auf die gefestigten Weltbilder der Nazis verwies. Mit kritischem Blick auf das Verhalten der Linkspartei.PDS-Fraktion nicht nur im sächsischen Landtag, sondern auch in den Stadtparlamenten, betonte ein Teilnehmer die unbedingte Notwendigkeit der Skandalisierung von Naziaktivitäten, sowie des Kampfes gegen Entpolitisierung. Bloßes Ignorieren der Nazis bei Veranstaltungen und in Parlamenten sei ein nicht hinzunehmendes Verhalten. Auf den Vorschlag bei Auftritten von NPD-Abgeordneten im Landtag mit deutlichen Aktionen wie Sprechchören, Podiumsbesetzungen und Transparenten zu reagieren entgegnete ein WASG-Mitglied mit Verweis auf die Parlamentarische Geschäftsordnung dass der Linkspartei.PDS wenig Handlungsmöglichkeiten gegeben sind. Wie vor dem Hintergrund solcher Äußerungen die während des Ratschlages oft geforderte Vernetzung unterschiedlicher Gruppen möglich sein soll, bleibt unklar, da viele Antifaschisten beispielsweise bei Graffitiaktionen oder Sitzblockaden bewußt Verstöße gegen geltende Normen in Kauf nehmen. Die Frage der Gewalt und des Verlassens gesetzlich vorgeschriebener Pfade wurde leider nicht thematisiert. Schade das die Veranstalter keinen Beitrag über im letzten Jahr statt gefundene antifaschistische Aktivitäten vorsahen. Ein solcher könnte dazu beitragen die Wiederholung von Fehlern in der Wahl der Aktionsform zu vermeiden bzw. bewährte Praktiken publik zu machen. Teilweise hemmend auf den Verlauf der Workshops wirkte der Mangel an separaten Räumen.



Störung einer Feier am 27.01., dem Holocaust-Gedenktag

## Bekenntnisse Freiberger Neonazis



Freiberger Stadtwappen bei Nazi-Aufmarsch am 11.02.2006 in Dresden



Hitlergruß vor laufender Fernsehkamera. Der Freiberger Neonazi zu sehen im TV-Beitrag von Caterina Woj und Jo Angerer "Lauter nette Leute. Wie die Rechten in Sachsen angekommen sind" (WDR 3). Ausgestrahlt am 21. November 2005, 22.30 Uhr. Ein Fall für den Staatsanwalt!

**Kolumne**

# Neulich in der Berufsschule!

Hiermit verfluche Ich denjenigen, der mich zur Gewerkschaftsmitgliedschaft überredet hat! Als junger Mensch lässt man sich ja oft blenden von schnödem Mammon und warmen Worten. Wenn es überhaupt einen Vorteil am älter werden gibt, dann den, endlich rationale Entscheidungen treffen zu können. Wahrscheinlich war es aber Autosuggestion, diesen Laden – die Gewerkschaft – für eine sinnvolle Einrichtung zu halten. Dabei fing es ganz gut an. Man musste zwar einmal im Monat zu einem absolut überflüssigen und ausgesprochen langweiligen Treffen, aber da die Antifa-Kollegen anwesend waren ließ, sich das Ganze ertragen. Man konnte sich hinterher hervorragend über das sinnlose und einschläfernde Treffen aufregen und hatte was gemeinsam. Ist ja auch schön. Es gab handfeste Vorteile, wie einen Presseausweis und den auf dem freien Markt nicht immer günstigen Rechtsschutz. Allein mit Presseausweis-Storys könnte ich Seiten füllen. Mit diesem nützlichen Utensil konnte man durch Polizeiketten gleiten wie warme Messer durch Butter. Die 50 Prozent Rabatt auf Flugtickets von Air-Berlin habe ich leider nur ein einziges Mal in Anspruch genommen, aber damit rechtfertigte ich über Jahre meine Mitgliedschaft. Wie gesagt, die schönen Zeiten sind vorbei – keine absurd-kafkaesken Treffen und kein Presseausweis mehr. Zu den Treffen geht einfach niemand mehr hin und der Presseausweis wurde wegen vielfachem Missbrauch für alle gestrichen. Meine Antifa-Kollegen sind inzwischen bei der Gewerkschaft angekommen, wie man so schön sagt, und haben sich mit Posten und Pöstchen versorgt. Daran kann man eigentlich nichts Verwerfliches finden, denn schließlich müssen wir alle von etwas leben. Widerlich ist jedoch die damit einhergehende charakterliche Metamorphose. Vom antiautoritären Spon-ti-Gewalttäter mit marxistischem Halbwissen ist es eben doch nur ein kleiner

Schritt zur Existenz als in Gremien ver-gammelnder konterrevolutionärer Gewerkschaftsfunktionär. Auch Ich bin tiefer in die Fänge dieser Psychosekte geraten. In einem schwachen Moment ließ ich mich überreden, nicht ohne finanzielle Hintergedanken, an einer Weiterbildung zum Gewerkschaftsteamer für den Einsatz in Berufsschulen teilzunehmen. Jetzt ist das Elend groß. Teamer an Berufsschulen zu sein, ist ungefähr doppelt so schlimm, wie es sich anhört. Allein die Arbeitszeiten sind die Hölle. Welcher Student kann schon um 5.30 Uhr aufstehen, ohne schwere geistige und körperliche Schäden davonzutragen? Diese widernatürliche Verschiebung des menschlichen Biorhythmus führt zu schwerwiegenden Nebenwirkungen. Heute, wohlgermerkt an einem arbeitsfreien Tag, riss mich mein Körper um 7.30 Uhr aus dem wohlverdienten Schlaf. In arbeitsfreien Phasen habe ich in der Regel bis 10.00 Uhr meine Ruhe. Derartige nächtliche Erweckungen haben zur Folge, dass der Tag schlicht im Arsch ist und man den ganzen Tag nur im Internet surft. Die Einbuße der geistigen und körperlichen Fitness ist natürlich nur eine Seite der Medaille. Wirklich fies sind die Inhalte, die die Gewerkschaft schult, in der wahnhaften Hoffnung, dass sich Jugendliche für ihre verstaubten Methoden interessieren könnten. Nicht dass die Berufsschüler zu intelligent oder zu aufgeweckt sind, um diesen anachronistischen Unterweisungsversuchen zu trotzen. Das Gegenteil ist oft der Fall. Der Versuch schwachsinnige Inhalte in die Köpfe einer mehrheitlich ebensolchen Klientel zu transferieren, klingt zwar plausibel, versagt jedoch in der Praxis. Es ist also eine nicht immer dankbare Aufgabe, infantile Methoden, Spiele und Pseudo-Psychotricks in 6 Schulstunden an den gelangweilten Berufsschüler zu bringen. Im „Wilden Westen“ entwickelte man eine nachvollziehbare Bestrafung für derartige Betrüger und falsche Taschenspieler, wie wir sie zweifelsfrei

abgeben: Teeren und Federn. Das stoische Vorsichhinstarren, mit der die Schüler das Abladen des geistigen Unrats über sich ergehen lassen, ist eigentlich nur mit Tranquilizern in der Schulmilch zu erklären. Wie bereits angedeutet wird für diese Preisgabe der eigenen Würde und Selbstachtung meinerseits selbstredend eine finanzielle Entschädigung gezahlt. Ansonsten wäre dieses schmutzige Handwerk auch mit nichts zu rechtfertigen. Wie im Kapitalismus üblich, soll mit dieser Inwertsetzung der geleisteten Arbeit aber nicht die verbrauchte menschliche Substanz (seelischer, körperlicher und geistiger Verschleiß) in Geld aufgewogen werden, was die Gewerkschaft unglaubliche Summen kosten würde, sondern lediglich die Reproduktion sichergestellt werden. Essen, Schlafen, kein Sex. Da ich auf diese geringen Tantiemen essentiell angewiesen bin, werde ich dem „Hauften“ notgedrungen wohl noch ein Weilchen erhalten bleiben. Mein Rat für den begriffsstutzigen Leser: Finger weg von Gewerkschaften und deren Opfern – also solchen wie mir!

*Mirko Luzer*

## Toleranzwerkstatt

Am 2. März trafen sich Jugend- und Sozialarbeiter aus den Landkreisen Freiberg, Weißeritz und Sächsische Schweiz zu einer "Zukunftswerkstatt für Toleranz und Demokratie im Osterzgebirge mit dem Ziel, Erfahrungen und Aktivitäten gegen rechte Gewalt über Landkreiszugrenzen hinweg zu bündeln. Das Fehlen der Freiburger „Initiative gegen Extremismus“ in dieser Runde“ sorgte mal wieder für Ärgernis. Die FreibÄrger Jugendinitiative "Buntes Leben" war gar nicht erst eingeladen! Die Toleranzwerkstatt sollte ein Anstoß dafür sein, Kräfte in den drei Regionen zu bündeln. Die Jugend- und SozialarbeiterInnen brachten denn auch etliche Ideen zu Papier: einen Jugendtag im Osterzgebirge und eine Theateraufführung könne man organisieren, gar einen Film selbst drehen oder einen „Eltern-Tüv“, „Pflichturlaub im Ausland“ oder „Schule bleibt im Ort“ . Und das alles, um das Demokratie-

verständnis bei jungen Leuten zu stärken! Wer aber schult unseren Ministerpräsidenten, der auf einer Veranstaltung an der TU Bergakademie Freiberg auf die Frage eines Studenten, ob mit Zahlung von Studiengebühren die Mitbestimmungsmöglichkeiten von Studierenden steigen würden, die klare Antwort gab: "Im Kundenverhältnis gibt es keine Demokratie!"

## Gewalt gegen Frauen und Kinder

Ab Montag, dem 6. März, startete die diesjährige Frauenwoche mit dem Thema "Gewalt an Frauen und Kindern". Die Freiburger Frauenwoche wird seit Jahren von Monika Hageni, der Gleichstellungsbeauftragten, um den internationalen Tag der Frau mit dem Frauenschutzhaus des Esther-von-Kirchbach-Vereins und dem Christlichen Jugenddorfwerk (CJD) organisiert. Im ehemaligen Haushaltwarengeschäft an der Weingasse/Ecke Borngasse wurde eine Wohnung eingerichtet, die von außen einen ganz normalen Eindruck erweckte, hinter deren Fassade aber die Gewalt offenkundig hervortrat. Der Besucher erkennt es schnell, was auch in Freiberg zum traurigen Alltag gehört. Im vergangenen Jahr fanden 44 Frauen und 35 Kinder im Freiburger Frauenschutzhaus Hilfe und Unterschlupf. Einige davon wurden im Krankenhaus behandelt, weil sie schwere körperliche und seelische Schäden davon trugen. Am 6. März wurde von ehemaligen Bewohnerinnen des Frauenschutzhauses im Haus Dürer das Theaterstück „Jetzt kehre ich nicht mehr um“ aufgeführt und am 8. März wurde das Ausstellungsprojekt eröffnet. Am Abend hielt die Leiterin des Frauenschutzhauses, Elfriede Schreiter, dort den Vortrag „Das Frauenschutzhaus - die Chance auf ein Leben ohne Gewalt“ und einen Tag später folgte der Vortrag „Handeln statt schweigen“ mit Mitarbeiterinnen des Mädchenhauses und der Wohngemeinschaft „Hella“ des CJD.



**Mittwoch 19.04.:** 20.00 Uhr; Studentenclub „Alte Mensa“, Petersstr. 5  
**SWINGER CLUB (D):** Andreas Hirschmann – keyb, Martell Beigang – drums; Jan von Polheim – bass: deutsches Jazz-Entertainment der Weltspitzenklasse.

**Donnerstag 20. 04.:** 19.30 Uhr; Nikolaikirche Buttermarkt (in Zusammenarbeit mit dem Mittelsächsischen Theater) **Mittelsächsische Philharmonie**, Leitung GMD J.M. Horstmann – Das Leben Ende der 20' er „...der Regen klumpert mit einem Finger die grüne Ostermelodie...“!

**Freitag 21. 04.:** 20.00 Uhr; Mittelsächsisches Theater; Buttermarkt **TABOO (USA, A, SEN)** Zam Johnson – keyb. Paul Schwingenschlögl – tp; Omar Diop – voc, perc.; Samba Sock – drums: coole Sounds zwischen Chill Out, Smooth Jazz und groove-orientiertem Hip Hop.  
**BraffOesterRohrer (CH)** Malcolm Braff – piano; Bänz Oester – bass; Samuel Rohrer – drums: maximale Spannung und Energie, sehr eigenständige Variante des Klavierjazz, anschließend Foyerkonzert: **Media nox (D)**

**Sonnabend 22. 04.:** 10.30 Uhr; Pi-Haus; Beethovenstr. **Kinderprogramm: Anatis.Jazz-Zirkus (D)** - Musik und Akrobatik – schön!

**17.00 Uhr;** Studentenclub „Alte Mensa“, Petersstr. 5 **Piano – Sonderkonzert: Holger Mantey (D)** - herausragender deutscher Jazzpianist

**20.00 Uhr;** Mittelsächsisches Theater; Buttermarkt **Mihaly Dresch Quartett (H);** Mihály Dresch – reeds; Miklós Lukács – cimbalom; Mátyás Szandai - double bass; István Baló – drums: mit ungarischem Temperament wird Jazz gepowert. **Stefan Heidtmann Project (D);** Stefan Heidtmann – piano; Gerd Dudek – sax; Thomas Heberer – tp; Dieter Manderscheid – bass; Klaus Kugel – drums: ausdrucksstarke und ästhetische Klangvorstellungen perfekt umgesetzt. Anschließend Foyerkonzert: **BOOGIE & WOOGIE - Jörg Hegemann Boogie Trio**

**Sonntag 23. 04.:** 10.30 Uhr; „Fuhrmann“; Kaufhausgasse **Dixielandfrühschoppen: Blue Alley (D)** - Der legendäre Frühschoppen! **17.00 Uhr;** Petrikerche, Petriplatz **Lagash (Irak, D);** Bassem Hawar – djoze; Christina Fuchs – sax; Furat Qadduori – Kanun; Saad Thamir – piano, voc; Arup Sen Gupta – tablas: neue Musik aus dem

Veranstalter: IG JAZZ des Studentenclubs „Das Füllort“ e.V. Freiberg <http://www.tu-freiberg.de/~igjazz>

Programmänderungen vorbehalten!

**Vorverkauf ab 3. April** - für alle Veranstaltungen außer Donnerstag – Nikolaikirche (Theaterkasse)!, Taschenbuchladen H. Wenige, Burgstr. 34, Tel. (03731) 31841, Stadtinformation, Burgstr. 1; Tel: (03731)23602 Buchhandlung seitenweise, Bahnhofstr. 9; Tel: 215974, Kartenbestellungen: IG-Jazz@gmx.de

## 1. Mai

[rithu] Seit über 115 Jahren wird der 1. Mai überall auf der Welt als Kampftag der Arbeiterklasse auf unterschiedlichste Weise begangen. In Freiberg war es nach der Wende bis zum Jahr 2004 üblich, dass sich verschiedene Verbände, Vereine, Gewerkschaften und



Parteien in der Erbsichen Straße vor dem Gewerkschaftshaus mit ihren Infoständen präsentierten. Im Jahr 2005 gab es dazu erstmals eine Demonstration seit 1989. In diesem Jahr planen der DGB Ortsverband Freiberg und der "Freiberger Runde Tisch für soziale Gerechtigkeit – gegen Sozialabbau" einen kämpferischen Feiertag mit Demonstration und anschließender Kundgebung, danach soll es ein Volksfest auf dem Obermarkt geben. Zurzeit können in diesem Zusammenhang folgende Daten genannt werden: Beginnen wird dieser Tag um 10 Uhr am Untermarkt mit der Maidemonstration. Endpunkt dieser Demo bildet der Freiburger Obermarkt, gleichzeitig Ort der Abschlusskundgebung. Als Redner werden u.a. Uschi Kruse (stellv. Vorsitzende der GEW Sachsen), Monika Knoche (MdB, DieLinke.PDS) und Angelo Luzifero (ver.di, Erfurt) erwartet. Im Anschluß an die Kundgebung wird das Volksfest auf dem Freiburger Obermarkt eröffnet. Dort werden neben den aus den Vorjahren bekannten Infoständen weitere At-

traktionen für alle Altersgruppen geboten, so z.B. der Auftritt des Singeclubs Che Guevara und einer Artistengruppe. Für die ganz kleinen Gäste stehen Hüpfburg und Bastelstraße bereit. Für das leibliche Wohl wird mit Kaffee, Kuchen, Bratwurst und Getränken aller Art gesorgt sein. Der gesamte Tag wird unter dem Motto: „Für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde“ stehen. Für die späteren Nachmittags- und Abendstunden laden wir dann alle Interessierten in das Waldbad „Großer Teich“ ein, wo unter der Leitung des Brand-Erbisdorfer IMI e.V. dieser Mahtag seinen Ausklang finden wird. Weitere Informationen unter: [www.freiberger-runder-tisch.de](http://www.freiberger-runder-tisch.de).

## Lesung

Wer wissen will, was Mitte Februar seit Jahren Tausende von Alt- und Jungnazis nach Dresden zieht und warum so viele Bürger und BürgerInnen mit auf die Straße gehen und dafür am 8. Mai zuhause bleiben, der muss sich mit den Thesen von **Gunnar Schubert**, Journalist aus Dresden, auseinandersetzen. Sehr schnell macht Schubert in seiner Streitschrift "Die kollektive Unschuld", ganz im Sinne des aufklärerischen Genres, klar, was sich hinter der Manifestation der öffentlichen Trauer tatsächlich verbirgt: ein großer Schwindel. In Wirklichkeit sind nicht nur die Nazis, sondern auch die meisten BürgerInnen unfähig zu trauern und leiden unter akuten Trauerblockaden, wovon die vielen Mythen über Dresden ein Zeugnis geben. Den jüngsten Schwindel erlebte das TV-Publikum beim ZDF-Zweiteiler, in dem eine Dresdnerin zu ihren wahren Gefühle erst in der Liebe zu einem Untergebenen von Bomber Harris fand. Gunnar Schubert: Kollektive Unschuld. Wie der Dresden-Schwindel zum nationalen Opfermythos wurde, 168 Seiten, ISBN 3-930786-47-8, 13,00 Euro

**4. Mai, Kunsthandwerkerhof, Burgstr. 19, Beginn: 19.30 h**

## Die Tootsies

Vielleicht lag es am Bier. Der schnöde Geschmack vom Sternie piff die Birne von Punk-Tootsie leer. Trübsal kam auf, begleitet von dicken Klüsen und einer bleieren Flaute in der Magengegend. Es wollte einfach nicht tönen. Während er vor sich hin sann, fiel sein Blick auf die Kid-Punks, die sich johlend den Sound von Tokio Hotel antaten. Islamismus, Holocaustleugnung, Krieg gegen den Iran, Streik der Müllbeutelwagschlepper. Ging denn nichts mehr voran? Die ständige Angstmache, Vogelgrippe, Katzensgrippe, Steinmardergrippe, was wohl als nächstes dran kam. Punk-Tootsie nahm einen kräftigen Schluck aus der Pulle, schüttelte sich und spuckte einen Teil des bitteren Bräus wieder aus. Die permanente Wiedergeburt von Hitler in Milosevic, Saddam Hussein und nun in Ahmadi-Netád. Das ging ihm gehörig gegen den Strich. Seine Schilderaktion im Stadtpark war das kulturelle Highlight der letzten sechs Monate und hatte ihm kurzweilig einen Hype verpasst. Auch sein Zug durch die Gemeinde mit 25 hölzernen Tigerenten an einer Leine und dem Schild: "Nicht streicheln, Seuchengefahr!" und dem Ruf von Little-Tootsie "Piep, Piep, piep - keiner hat uns lieb", brachte nur ein paar Youngsters zum Schmunzeln. "Der Stadt fehlt der Humor!" hatte ihm Bella-Tootsie zugerannt und ihm den Tip gegeben: "Hau ab hier Alter! Das Leben spielt woanders!" Sie hatte ihren Trip ins ferne Neuseeland schon gebucht. Punk-Tootsie kamen die Tränen, nicht weil diese Stadt, in der er geboren war, in den letzten zehn Jahren 15 Prozent an EinwohnerInnen eingebüßt hatte, sondern weil die Zahl der Freunde und Freundinnen so rapide bergab ging. Wer ist denn noch hier, fragte er sich im Stillen. Überhaupt keine Sorgen machte sich derweil Kommissar Mario Katzenhai. Er nutzte die Mittagspause zu einem ganz persönlichen Aktenstudium. Ganz links in seinem Regal stand eine Akte mit der Aufschrift "Kuriositäten vom Amt". Darin bewahrte er solche Schriftstücke auf, die ihm im Laufe seiner Archivbesuche in die Hände gefallen waren. Zum Beispiel das Schreiben von einem Ratschreiber aus dem unauffind-

## Keine Träne ohne Salz

baren Holmen, der am 21. Februar 1926 unter dem Aktenzeichen *G 146 a* an eine Frau Weinerl folgendes Schriftstück verfasste: "Wir teilen Ihnen mit, daß die Grabstätte neben Ihrem im Jahre 1911 verstorbenen Ehemann anderweitig besetzt wird. Wir bitten Sie höflichst, Ihren Gatten hiervon in Kenntnis zu setzen. Mit vorzüglicher Hochachtung J. " In einem anderen Schriftstück teilte der Geldeintreiber Peter Meiser seinem Vorgesetzten, Gerichtsvollzieher Zimmermann, am 14. September 1965 in einem Bericht mit: "Gegen den Kostenschuldner August Schultze konnte ich nicht vorgehen, weil er sich bereits in einer anderen Kostensache erhängt hatte. Nachdem ich diese Feststellung gemacht hatte, verließ ich den Ort des Schreckens und ging haarsträubend nach Hause." Immer wieder in schallendes Gelächter brach Kommissar Katzenhai aus, wenn er das Dokument des Ratschreibers M. aus der Gemeinde Merfeld (Bad Coesfeld) in den Händen hielt: "Sehr geehrter Herr Monsch! Auf Ihren Brief hin teilen wir Ihnen mit, daß unsere Rathausuhr regelmäßig geht. Es fehlen nur die Zeiger! Mit vorzüglicher Hochachtung! M. Ratschreiber der Gemeinde Merfeld." Katzenhai klopfte sich mit seiner Schokoladenhand auf die Knie. "Das", murmelte er sich in seinen Drei-Tage Bart, "das könnte auch von unserem Stadtplaner Beuter stammen". An dem hatte Kommissar Katzenhai einen Narren gefressen, seitdem er aus zuverlässigen Quellen - da kam für ihn nur Monika Tigerente vom Ordnungsamt in Frage - erfahren hatte, dass Stadtplaner Beuter allen Ernstes für das Amt des Oberbürgermeisters kandidieren möchte. Sollte das aus irgendwelchen Gründen scheitern, habe er die Absicht geäußert, auf das Amt des Landrats zuzugreifen. Katzenhai, selber aufgrund seines Elternhauses an eine strenge preussische Erziehung gewöhnt, hatte kein Verständnis für Leute, die sich entlang einer von ihnen selbst gelegten Schleimspur auf Posten erhoben, für die sie nicht im geringsten die geistigen und körperlichen Voraussetzungen erfüllten. Stadtplaner Beuter konnte weder gehaltvolle Reden



schwingen, noch etwas mehr als den Bleistiftspitzer korrekt halten. Seine Stadtplanungen waren bestenfalls als Radierungen zu erkennen und würde tatsächlich nach seinen Planskizzen gebaut, wäre die Silberstadt einem dauerhaften Verkehrschaos ausgesetzt. Ja, die geplante Umgehungsstraße würde direkt durch den Dom, die Tulpenkanzel streifend, an der berühmten Silbermannorgel vorbei gleich dreimal um die Stadtmauer verlaufen. So viel zu Stadtplaner Beuters Sachverstand. Wieder verlor sich Katzenhai in einer Gewaltspirale der Phantasie, an deren Ende der Wunsch aufkam, Beuter möge beim Bleistiftkauen an Bleivergiftung dahinsiechen. Ein Klopfen an der Tür stoppte seine Tour de Force abrupt. "Herein!" rief Katzenhai verdutzt. Die schwere Eichentür öffnete sich langsam und eine junge Frau stand vor ihm. "Ich bin Paula Schneider und wurde Ihnen als Praktikantin zugeteilt!" Kommissar Katzenhai rieb sich sein leicht gekräuselt Nackenhaar. Er hatte den Vorgang "Praktikanten-Betreuung" glatt vergessen. Er versuchte, sein freundlichstes Begrüßungsgesicht aufzusetzen, das wurde jahrelang an der Fachschule für Kriminalistik geschult, damit sich schon zu Beginn von Delinquenten-Verhören von ganz alleine Erfolge ergeben. Katzenhai wurde von seinem Ausbilder Dr. Kimim mehrfach ermahnt, bei dieser Übung nicht ständig seine Oberlippe hochzuziehen, weil dadurch beim Gegenüber der Eindruck entstände, der Kommissar könnte in jedem Moment zubeißen. Außerdem, so Ausbilder Dr. Kimim damals, könne jeder clevere Bürger am Zustand seines Gebisses erkennen, welcher Krankenkasse er angehöre. Katzenhai starrte die junge Praktikantin an. Sein Blick blieb an den Brüsten hängen. Paula Schneider trug ein T-Shirt mit der Aufschrift "Too much Sex makes you short-sighted". Paula Schneider war der bürgerliche Name von Doit-Tootsie und es war nicht von ungefähr, dass sie eine Praktikumsstelle bei Kommissar Katzenhai antrat. Seinen Blick auf ihre Brüste beantwortete sie mit einer Inaugenscheinahme von Kommissar Katzenhais Schokoladenfinger. Er hatte mal wieder das gute Nougat gekostet und die Reste dieses Genusses klebten an der Begrüßungshand, die er nun sichtlich nervös an seiner Hose abwischte. "Glückauf!" grüßte er, sich inzwischen von seinem krisenfesten Arbeitsplatz erhebend, "Frau Schneider, wir werden die nächsten vier Wochen ein gutes Team!" "Ja, natürlich", lächelte Doit-Tootsie und konnte sich dem Gedanken nicht verschließen, dass am Ende dieses "Praktikums" ein paar wertvolle dienstliche Hinweise - cum grano salis - zur Kenntnis der Tootsie-Clique gelangt sein würden.



Übereinstimmungen mit real existierenden Personen und tatsächlichen Begebenheiten sind rein zufällig und nicht beabsichtigt. H.P.

**Der kleine Buchtip am Rande**

Mit der Umbenennung in Linkspartei.PDS und der beschlossenen Vereinigung mit der „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) bis 2007 ist die Entwicklung der PDS zu einem vorläufigen Abschluss gekommen. **Manfred Behrend** (1930-2006) analysiert die PDS aus sozialistischer Sicht. Er deutet den Prozess zu einer „modernen demokratischen sozialistischen Partei“ (1989-1993), die Etablierung als Parlamentspartei im Bundestag (1990-2005) und die Politik des „Ankommens“ in der bürgerlichen Gesellschaft, die programmatische Rechtsentwicklung hin zu SPD-Positionen und die praktische Anpassung an neoliberale Konzepte durch ihre Regierungsbeteiligungen (ab 1997). Manfred Behrend: Eine Geschichte der PDS. Von der zerbröckelnden Staatspartei zur Linkspartei 192 Seiten, €16,80, ISBN 3-89900-117-6



**Rätsel-Eckchen**

Was steckt so alles d'rin?



H	N	R	H
C	E	Y	E
G	P	I	T
S	I	Z	N

**Boggle für alle**

Mensch suche mindestens 4-buchstabile Wörter [nach oben keine Grenze]. Die Buchstaben müssen (benachbart) miteinander verbunden sein. Ein Buchstabe darf in einem Wort nicht zweimal benutzt werden. Eigennamen, geografische Begriffe, Abkürzungen - müssen leider draussen bleiben. Es geht alles, was im Rechtschreibduden gefunden wird. Wer die meisten Wörter-Punkte erzielt (4 Buchstaben- 1 Punkt, 5 Buchstaben- 2 Punkte, usw.), der/die erhält einen Gutschein für einen Brunch im Antik-Cafe in der Waisenhausstraße und darf einmal richtig gut schlemmen! Das Boggle aus Nr. 48 gewann **Petra A.** aus Mittweida. Herzlichen Glückwunsch, viel Spaß beim Brunch und allzeit "Gut Boggle!"

**Impressum** V.i.S.d.P.: Andreas Koch, Freiberg Anschrift der Redaktion: FreibÄrger, Haus der Demokratie, Bebelplatz 3, 09599 Freiberg e-mail: freibaerger@gmx.net Internet: www.freibaerger.de Druck & Verlag: Eigendruck und Selbstverlag Satz & Layout: Katmatray, Freiberg Erscheinungsweise: zweimonatlich Hinweise: Bildrechte bei FbÄ-Archiv! Dieses Projekt erwirtschaftet keine Gewinne. UnterstützerInnen: Arbeitskreis Ausländer und Asyl Freiberg e.V., Linke StudentInnen Gruppe, Arbeitslosenzzeitung "Quer", Bürgerinitiative "Kein Nazizentrum in Gränitz und auch nicht anderswo!", Einzelpersonen aus Brand-Erbisdorf, Eppendorf, Freiberg, Kleinschirma, Langenau, Tuttendorf und Zug.